

FRAGENBEANTWORTUNG FÜR DIE MITTELSCHULE KUNDL

1. Klimaschutz: Warum müssen wir für Schulveranstaltungen die öffentlichen Verkehrsmittel bezahlen?

In manchen Bundesländern können Kinder und Jugendliche an Pflichtschulen gratis mit Öffis zu Schulveranstaltungen fahren, in anderen nicht. Das entscheidet derzeit jedes Bundesland selbst. Wir Grüne wollen das verbessern: Jedes Kind und alle Jugendlichen in ganz Österreich sollen in ihrer Region gratis mit den Öffis unterwegs sein. Vom Kindergarten über die Lehre bis zur Matura.

1a. Warum soll der öffentliche Nah- und Fernverkehr ausgebaut werden?

Ein Auto oder ein Moped ist teuer. Wer guten öffentlichen Verkehr in der Nähe hat, kann viel günstiger unterwegs sein. Und weil die Öffis sehr viel sparsamer im Energieverbrauch sind, entstehen pro Kopf viel weniger klimaschädliche Abgase und CO₂. Deshalb ist der Ausbau der Öffis so wichtig fürs Klima, für die Umwelt - und auch für die Geldbörse der Menschen.

1b. Warum sollen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren abgeschafft werden?

Autos mit Verbrennungsmotoren stoßen schädliche Abgase und Treibhausgase aus. Deshalb müssen wir aufhören, solche Autos zu verkaufen und auf Elektroautos umstellen. Denn die sind sauberer und leiser als Autos mit Verbrennungsmotoren. Außerdem sind sie viel günstiger und vernünftiger als andere alternative Treibstoffe wie z.B. Wasserstoff, der sehr teuer ist und woanders dringender gebraucht wird. Ab 2035 werden in der EU keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr neu zugelassen. Damit wird der Verkehr umweltfreundlicher, es entstehen weniger klimaschädliche Abgase und wir erreichen so unsere Klimaziele, zu denen wir uns verpflichtet haben. Wir freuen uns, dass das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten sich für umweltfreundliche Technik entschieden haben. So haben alle Klarheit: Die Menschen, die sich ein Auto kaufen wollen, und die Firmen, die Autos herstellen. Und das wirkt: Viele Autohersteller wollen schon vor 2035 aufhören, Autos mit Verbrennungsmotor zu bauen.

1c. Ist Atomkraft, als Brückentechnologie, eine Option für Österreich?

Ein ganz klares Nein. Atomkraft ist eine veraltete und gefährliche Technologie. Sie ist extrem teuer und es dauert mindestens zehn Jahre, bis ein Atomkraftwerk gebaut ist. Das ist viel zu lang, denn wir müssen jetzt unser Klima schützen. Außerdem bringt Atomkraft gar nicht so viel, wie manche behaupten: Alle Atomkraftwerke zusammen produzieren nur 2 % der Energie, die weltweit gebraucht wird. Außerdem wird für die Kühlung von Reaktoren sehr viel Wasser gebraucht. Gerade im Winter und Sommer ist das ein riesiges Problem, weil Wasser dann in den Flüssen ohnehin knapp ist. Vor

allem ist und bleibt Atomenergie aber sehr gefährlich und ein unberechenbares Risiko: Es gibt immer die Gefahr von verheerenden Unfällen. Und noch immer ist nicht geklärt, wohin der ganze Atom Müll einmal soll, der Jahrtausende lang brandgefährlich für Mensch und Umwelt ist. Deshalb müssen wir rasch und im ganzen Land den wirklich sauberen und sicheren grünen Strom aus Sonnenenergie und Windkraft ausbauen. Das ist wesentlich günstiger, sicherer und besser für Umwelt und Klima.

1d. Wird die Pendlerpauschale bleiben? Was wäre die Alternative dazu?

Die Pendlerpauschale ist eine klimaschädliche Förderung. Denn wer viel mit dem Auto fährt, wird damit gefördert – wer klimafreundliche Öffis benutzt, hat weniger davon. Wir Grüne wollen die Pendlerpauschale nicht abschaffen, sondern sie gerechter und besser für die Umwelt machen. Denn derzeit bekommen Menschen umso mehr Geld, je weiter sie von ihrem Arbeitsplatz wegwohnen. Das schafft viele Probleme: Wenn immer mehr Menschen „ins Grüne“ ziehen, dann stehen in den Orten alte Wohnungen leer, während immer mehr Natur für Einfamilienhäuser zubetoniert wird. Und auch die Verteilung ist sehr ungerecht: Wer viel Geld verdient und sich ein eigenes Haus und Auto leisten kann, hat am meisten von der Pendlerpauschale. Genau das wollen wir Grüne verbessern: Wir wollen gerade auch Menschen fördern, die weniger Geld verdienen und klimafreundlich mit den Öffis in die Arbeit fahren. Das ist viel besser für die Umwelt und es ist fair. Denn jeder Arbeitsweg kostet am Ende gleich viel.

1e. Ist Ihnen Naturschutz oder Wirtschaft wichtiger?

Das ist kein Entweder/Oder: Wir Grüne bringen Wirtschaft und Naturschutz unter einen Hut. Denn wir müssen gut auf unsere Natur aufpassen, damit auch junge Menschen und Enkelkinder eine gute Zukunft haben – und auch, damit unsere Wirtschaft erfolgreich bleibt. Rohstoffe sind knapp und wertvoll. Wir müssen Produkte deshalb so herstellen, dass sie möglichst lange verwendet und ihre Bestandteile durch Recycling auch später noch wiederverwendet werden können. In der Landwirtschaft müssen wir dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft gesundes Essen am Teller haben. Denn die Klimakrise bedroht durch Dürre und Unwetter ganze Ernten. Wir müssen deshalb in unseren Wäldern Bäume und auf unseren Äckern Sorten anpflanzen, die mit Hitze und Trockenheit besser zurechtkommen. Und wir müssen den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen reduzieren, damit die Folgen der Klimakrise nicht noch schlimmer werden. Das Gute ist: Wenn wir unsere Wirtschaft auf eine klimafreundliche Produktion umstellen, dann stärkt das auch die Unternehmen und schafft viele sichere Jobs. Genau dafür setzen wir Grüne uns ein.

2. Corona: Was hätten Sie anders gemacht bzw. als Regierungsparteien - was würden Sie aus heutiger Sicht anders machen? Was würden Sie bei einer weiteren Pandemie unternehmen?

Österreich war auf die Pandemie schlecht vorbereitet. Wir haben aber sehr viel dazugelernt: Wir haben die Gesetze verbessert und Pandemiepläne entwickelt. Das wird auch bei möglichen zukünftigen Pandemien helfen. Aber wir müssen auch gut vorbeugen, damit es möglichst gar nicht erst zu weiteren Pandemien kommt. Uns ist bewusst, dass gerade Kinder und Jugendliche sehr unter

der Pandemie gelitten haben. Es war auch eine sehr schwere Entscheidung, dass die Schulen aus Vorsicht lange geschlossen waren. Rückblickend war das problematisch und wir müssen auch hier dazulernen. Uns war und ist es zum Beispiel sehr wichtig, dass es mehr psychologische Unterstützung für Jugendliche gibt, die in einer schwierigen Situation sind. Und auch die Kommunikation gerade in Krisen muss klarer und besser werden. Denn durch Fake News wurde viel Angst und Verunsicherung geschürt. Dagegen braucht es eine gute Strategie, damit die Menschen sich auf geprüfte und gute Informationen verlassen können.

3.(Social) Media: Sollen Social Media-Dienste wie TikTok/Instagram verboten/eingeschränkt werden? Kann die Polizei in Zukunft meine WhatsApp-Nachrichten lesen?

Sollen Social Media Dienste verboten / eingeschränkt werden?

Die Freiheit der Meinungsäußerung ist sehr wichtig. Gerade Social Media haben es ermöglicht, damit auch immer mehr Menschen zu erreichen. Das Problem: Über die Jahre haben Social Media Konzerne bestimmte Inhalte besonders stark verbreitet, damit Nutzer:innen möglichst lange auf ihrer Plattform bleiben. Denn je länger die Menschen auf einer Plattform bleiben, umso mehr Werbung wird ihnen angezeigt – und über diese Werbung finanzieren sich diese Konzerne.

Dabei haben die Konzerne festgestellt: Inhalte, die Gefühle wie Ärger oder Empörung wecken, halten Nutzer:innen länger auf der Plattform. Faktenbasierte und ausgewogene Informationen führen zu weniger „Interaktion“ durch Kommentare, Likes oder Shares. Diese Auswahl-Systeme, die sogenannten „Algorithmen“, verzerren dadurch die Diskussion in der Öffentlichkeit. Es wird immer mehr (negative) Emotion geschürt und immer weniger informiert. Extreme Inhalte werden häufiger angezeigt.

Wir wollen ausgewogene Information. Deshalb müssen wir diese Auswahl-Systeme in den Griff bekommen.

Kann die Polizei in Zukunft meine WhatsApp-Nachrichten lesen?

Die ÖVP möchte so eine Messenger-Überwachung einführen. Wir Grüne finden aber, dass der derzeitige Gesetzesentwurf der ÖVP gegen Grundrechte verstößt. Denn durch diese Art der Überwachung werden Sicherheitslücken, die in allen Handys offen bleiben, genutzt. Es können also alle Menschen überwacht werden und nicht nur verdächtige Personen, um z.B. Terroranschläge zu verhindern. Außerdem könnten auch Kriminelle diese offen gehaltenen Sicherheitslücken ausnutzen, um z.B. auf das Online-Banking der Menschen zuzugreifen oder private Informationen vom Handy zu stehlen. Wir Grüne denken deshalb, dass die von der ÖVP vorgeschlagene Lösung nicht gut genug ist.

4.Bildung/Arbeit: Werden iPads oder Laptops weiterhin an alle Schüler:innen der Sekundarstufe verteilt werden? Wie wollen Sie die Lehrlingsausbildung attraktiver gestalten? Warum gibt es noch keine gemeinsame Schule für 10–14-Jährige? Wird sich beim Urlaubsanspruch etwas verändern?

Laptops: Aus unserer Sicht ist die Laptop-Aktion gekommen, um zu bleiben. Wir haben sie deshalb auch in einem Gesetz verankert und Geld dafür im Budget reserviert.

Lehre: Wir wollen eine Lehroffensive für Green Jobs und die bestehenden Ausbildungen verbessern. Manche Lehrberufe sind nicht mehr am neuesten Stand. Diese müssen dringend an die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse angepasst werden. Das haben wir zum Beispiel bei den „Klimagärtner:innen“ vorgemacht. Außerdem fordern wir, dass Prüfungsgebühren abgeschafft werden.

Gemeinsame Schule: Die gemeinsame, inklusive Schule für alle bis 14 Jahre liegt uns Grünen ganz besonders am Herzen! Denn mit ihr können wir viel besser dafür sorgen, dass alle Kinder die gleichen besten Bildungschancen bekommen. In der Öffentlichkeit ist dieses Thema aber immer noch sehr umstrittenes. Viele alte Vorstellungen und auch Vorurteile sind immer noch sehr weit verbreitet. Damit die gemeinsame Schule Wirklichkeit wird, müssen wir also weiter möglichst viele Menschen von den vielen Vorteilen überzeugen. Ein weiteres Problem: Die Zuständigkeit für die Schulen ist heute noch ein sehr unübersichtlicher Dschungel. Für eine Umstellung müssen die Gemeinden, Länder und der Bund aber gemeinsam an einem Strang ziehen. Das heißt auch, dass Zuständigkeiten, Mittel, Personal, Gebäude und vieles andere neu verteilt werden müssen. Ganz wichtig ist es auch, die Eltern und Lehrkräfte mit an Bord zu holen. Für all das machen wir Grüne uns auch weiter stark!

5.Gesundheit: Wir haben schon längere Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten erlebt - wie würden Sie die Situation verbessern? Warum soll Cannabis legalisiert werden?

Lange Wartezeiten bei Kassenärzt:innen können extrem frustrierend sind. Dass wissen wir auch aus eigener Erfahrung. Wir haben auch schon viele Schritte gesetzt, damit sich diese Situation verbessert. Das derzeitige Problem ist, dass es zwar genug Ärzt:innen gibt, aber immer weniger von ihnen mit der Krankenkasse verrechnen wollen. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass wieder mehr Ärzt:innen einen Kassenvertrag annehmen. Denn dann gibt es wieder weit mehr Ärzt:innen, bei denen alle Menschen die beste Gesundheitsversorgung bekommen – kostenlos mit der e-Card und nicht nur, wenn man selber bezahlt. Und wenn es wieder mehr von diesen Ärzt:innen gibt, dann werden auch die Wartezeiten automatisch kürzer. Das ist unser Plan bei der Gesundheitsreform, mit der wir jedes Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für Kassenarztstellen, Spitalsausbau und Gesundheitsvorsorge ausgeben. Denn wir Grüne wollen, dass alle Menschen in Österreich die beste Gesundheitsversorgung bekommen – egal wie viel Geld sie verdienen oder wo sie wohnen.

Wir halten es für falsch, wenn Cannabis-Konsument:innen kriminalisiert werden. Aus unserer Sicht braucht es vor allem eine gute Aufklärung über die Gefahren von Genussmitteln und Drogen. Denn damit schützen wir die Gesundheit der Menschen viel besser. Und ein Verbot bedeutet nicht, dass deshalb kein Cannabis konsumiert oder verkauft wird. Im Gegenteil: Die derzeit sehr strengen Verbote führen dazu, dass es einen Schwarzmarkt für Cannabis gibt. Das verkaufte Cannabis wird aber nicht kontrolliert – und das führt zu schlechter Qualität, die auch gefährliche Folgen haben kann. Internationale Vergleiche zeigen uns, dass hier die weitaus größere Gefahr für die Gesundheit der Menschen lauert. Deshalb treten wir nicht nur für eine Legalisierung ein, sondern auch für einen staatlich regulierten Markt ähnlich wie bei Nikotin. Gleichzeitig wollen wir aber auch eine Aufklärung auf Augenhöhe und ohne Zeigefinger, damit jeder Mensch für sich selbst die beste Entscheidung treffen kann.

6. Wirtschaft/Industrie: Was werden Sie tun, damit Industriestandorte, wie z.B. die Pharmaindustrie in Kundl, in Österreich bleiben?

Bisher war die Strategie der Industrie in Österreich, mit „billigem“ Gas aus Russland zu produzieren. Dieser Weg ist uns doppelt auf den Kopf gefallen: Putin hat Gas als Druckmittel und Waffe eingesetzt. Gas wurde um ein Vielfaches teurer und deshalb sind bei uns fast alle Preise gestiegen. Außerdem wurde so auf Kosten späterer Generationen die Luft verschmutzt und die Klimakrise weiter befeuert. Ein „Weiter-wie-bisher“ ist daher aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen gar nicht mehr möglich. Wir Grüne haben das geändert. Wir haben dafür gesorgt, dass Österreich bereits heute und auch in Zukunft viel mehr saubere Energie mit günstigen und sicheren Erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind erzeugt. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft ausbauen, um unsere Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu reduzieren und die Wertschöpfung in Österreich zu halten. Mit der klimafreundlichen Umstellung der Wirtschaft schaffen wir Arbeitsplätze, sichern Österreich Vorteile im Wettbewerb und schützen dabei noch das Klima.

7. Wohnen/Soziales/Familie:

Warum gibt es keine Mietobergrenze? Wollen Sie eine Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag? Wenn ja, warum?

Wohnen muss für alle Menschen leistbar sein. Die Miete soll nie mehr als 30 Prozent des Einkommens ausmachen. Mit unserem Grünen Mietmodell wollen wir daher gesetzlich festgelegte Höchstmieten einführen und das unübersichtliche Mietrecht fair, umweltfreundlich und transparent machen.

Wir Grünen wollen Bildungschancen für alle Kindern erhöhen, die Eltern entlasten und endlich Halbe-Halbe in der Elternschaft ermöglichen. Genau deshalb wollen wir einen Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag einführen. In den nächsten fünf Jahren sollen 50.000 zusätzliche Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen werden. Dafür müssen auch die Arbeitsbedingungen in den Kindergärten verbessert werden. Wir Grüne machen uns deshalb stark für einheitliche Standards und bessere Arbeitsbedingungen in allen Kindergärten.

8. Migration: Wie sollen Asylwerbende schneller zu einem Job kommen? Warum sollen sich Zuwanderer an die österreichische Kultur anpassen?

Unsere Position lautet schon seit Jahren: Integration ab Tag 1. Wir wollen den Zugang zu Deutschkursen und zum Arbeitsmarkt bereits während des Asylverfahrens ermöglichen. Damit fördern wir die Integration und entlasten auch das Sozialsystem. Es braucht auch die Möglichkeit eines sogenannten „Spurwechsels“ – vom Asylsystem ins System der Rot-Weiß-Rot-Karte. So bekommen qualifizierte Asylwerber:innen eine langfristige Bleibeperspektive und die Betriebe bekommen mehr Fachkräfte, die sie dringend brauchen. Wenn Asylwerber:innen eine Lehre beginnen, sollen sie außerdem für die Dauer der Ausbildung und weitere zwei Jahre danach nicht abgeschoben werden. Denn so bekommen sie Rechtssicherheit und können ihre Zukunft planen. Auch das ist gut für die betroffenen Menschen und die Betriebe, in denen sie zu einer wertvollen Arbeitskraft geworden sind.

Für ein gutes Zusammenleben braucht es auch Werte, die für alle Menschen gleichermaßen gelten – egal, wo sie geboren wurden. Und das sind die Menschenrechte und die Werte unserer liberalen Demokratie. Diese demokratischen Grundpfeiler geraten aber in Gefahr, wenn Menschen ausgeschlossen werden oder sich vom Bekenntnis zu diesen Grundwerten abwenden. Nur eine gelungene Integrationspolitik kann da dagegenhalten.

9. Wahlen: Warum dürfen Menschen, die schon mehrere Jahre in Österreich straffrei leben, arbeiten und Steuern zahlen, nicht an der Nationalratswahl teilnehmen?

Österreich hat leider ein sehr strenges Staatsbürgerschaftsrecht und ein strenges Wahlrecht. Bei den Nationalratswahlen dürfen nur Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft wählen. Weil es so schwer ist, Österreicher:in zu werden, dürfen immer weniger Menschen, die in Österreich leben, wählen. Das ist eine große Ungerechtigkeit und ein schwächt die Demokratie. Wir Grünen wollen das ändern. Es muss leichter werden, die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen, und es sollen auch Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die schon lange in Österreich leben, an der Wahl teilnehmen dürfen. Denn in einer Demokratie sollen alle Menschen, die hier leben und ihren Lebensmittelpunkt haben, mitstimmen dürfen.

10. Pension: Wie wollen Sie unser Pensionssystem verändern?

Das österreichische Pensionssystem ist in vielfacher Hinsicht sehr gut und sicher. So lange viele Menschen arbeiten und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, funktioniert unser Pensionssystem in Österreich.

Im internationalen Vergleich gibt Österreich sehr viel Steuergeld für Pensionen aus, das Pensionssystem schützt aber nicht ausreichend vor Altersarmut. Hier gibt es Verbesserungsbedarf. Wir Grüne treten deshalb dafür ein, dass Geld, das derzeit aus Steuern ins Pensionssystem fließt, in Zukunft als Grundpension ausgezahlt wird.

Diese Grundpension ist dafür da, dass jeder Mensch im Alter genug Geld zum Leben hat. Zusätzlich gibt es selbstverständlich – so wie jetzt auch – eine Pension aus Sozialversicherungsbeiträgen, die ein wenig anders berechnet wird, als die jetzige Pension.

Dieses System kostet nicht mehr Geld. Es hat nur zur Folge, dass etwa 5 Prozent aller Menschen mit sehr hohen Pensionen ein bisschen niedrigere Pensionen erhalten, während Menschen mit niedrigen Pensionen ein bisschen mehr bekommen.

Außerdem müssen wir dafür zu sorgen, dass Menschen länger gesund bleiben und bis zum 65. Geburtstag arbeiten können. Dafür müssen wir das Arbeitsleben selbst verbessern, zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung, besseren Arbeitsbedingungen und gesünderen Arbeitsplätzen.

11. Neutralität: Wie ist Ihre Haltung zur österreichischen Neutralität? Wollen Sie daran etwas ändern?

Die Neutralität von Österreich ist ein sehr wichtiger Teil unserer Verfassung. Das heißt, es ist ein festgeschriebener Grundsatz, den wir Grüne auch nicht verändern wollen. Aber wir finden, dass Österreich mehr tun kann. Wir möchten, dass unser Land eine aktivere Rolle in der Welt spielt, besonders wenn es darum geht, Konflikte zu verhindern oder zu lösen. Wir glauben, dass Österreich mehr Gespräche und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern fördern sollte, um Frieden zu sichern.

12.Steuern: Würden Sie neue Steuern einführen? Wie wollen Sie die Mittelschicht steuerlich entlasten?

Wir wollen die Steuern auf Arbeit weiter senken und zur Finanzierung eine Millionärssteuer für Millionenerb:innen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wer ein Leben lang hart arbeitet, zahlt in all den Jahren hunderttausende Euro an Steuern. Wer aber viele Millionen auf einen Schlag erbt, zahlt keinen Cent davon an die Gemeinschaft. Von einer Millionärssteuer wären weniger als 1 Prozent der Bevölkerung betroffen. Gleichzeitig bleibt durch eine Senkung der Steuern auf Arbeit alle arbeitenden Menschen in Österreich mehr von ihrem Lohn im Börsl. Ganz besonders stärken wir damit junge Menschen, die beim Einstieg ins Berufsleben meist noch ein niedrigeres Gehalt haben. Außerdem wollen wir auch die bodenbezogenen Steuern gerechter machen. Das hilft nämlich auch gegen den Flächenfraß und wir schützen damit unsere Böden.
